

Quellenverzeichnis *Institut für Zeitungsforschung, Dortmund*

Bei der Recherche ging es vor allem um die Frage, wie die Medien der Neuen und Alten Linken in Deutschland über die Kampagne des Ehepaars Klarsfeld und andere berichteten, welchen Raum die Berichterstattung einnahm und wie sich die Redaktionen gegenüber den spektakulären und zum Teil militanten Protestaktionen positionierten. Die wichtigste Quelle war die in Düsseldorf von 1953 bis 1964 erschienene Wochenzeitung *Deutsche Volkszeitung*, unsere zeit (uz), die überwiegend als Wochenzeitung erscheinende Zeitschrift der DKP und die in Hamburg seit 1958 monatlich erscheinende Zeitschrift konkret (außer von Ende 1973 bis September 1974).

Auffällig war vor allem, dass die *Deutsche Volkszeitung*, die der Friedensbewegung nahestand, über die Kampagne des Ehepaars Klarsfeld erst berichtete, als Beate Klarsfeld 1974 wegen der versuchten Entführung von Kurt Lischka in Köln vor Gericht stand. Über die Aktionen ab 1971 berichtete das Blatt nicht.

Der interessanteste Einzelfund ist der Hintergrundbericht *Eichmanns Helfer in Köln vor Gericht* von Reiner Taudien vom 1.11.1979 zum Prozessauftakt gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn erschienen, in dem die politischen Hintergründe und juristischen Voraussetzungen des Prozesses analysiert werden.

Das Blatt, dessen Redaktion der Alten Linken zugerechnet werden kann, legt besonderen Wert darauf, die Reaktionen in Frankreich auf die Vorgänge um das Lischka-Verfahren darzustellen. Einen besonderen Stellenwert hat die Berichterstattung über Stellungnahmen und Aktionen der VVN und anderer Verbände von Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime.

Schwerpunkt der Berichterstattung der Wochenzeitung *Unsere Zeitung* der DKP waren die Bereiche Betrieb und Gewerkschaften, die Situation in der DDR und anderen „sozialistischen“ Staaten. Das Blatt berichtet auch über NS-Verbrechen und setzt sich kritisch mit der Strafverfolgung in der Bundesrepublik auseinander, berichtete über die Kampagne des Ehepaars Klarsfeld aber ebenfalls erst, als Beate Klarsfeld 1974 wegen der versuchten Entführung von Kurt Lischka in Köln vor Gericht stand. Nach der Verurteilung von Beate Klarsfeld berichtet die Zeitung über einige Aktivitäten zur Bestrafung von NS-Verbrechen. Zu Beginn des Prozesses gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn im Oktober 1979 zieht die Zeitung Bilanz, ohne die Kampagne des Ehepaars Klarsfeld zu erwähnen und redet nur von „jahrelanger Verschleppung“ des Verfahrens.

Zum Ende des Prozesses wird die Kritik der Zeitung an der Verhandlungsführung des Vorsitzenden, am Urteil und der Tatsache, dass Geiselschießungen, Mord und Folter an Widerstandskämpfern und Kommunisten überhaupt nicht Gegenstand des Prozesses war immer deutlicher. Auch Serge Klarsfeld gerät in die Kritik der Zeitung. Das ist insofern interessant, dass die beiden Nebenkläger Peter Gingold, Max Oppenheimer der VVN angehörten und sich von dem DDR-Anwalt Friedrich Karl Kaul vertreten ließen.

Die in Hamburg seit 1958 erscheinende Zeitschrift konkret berichtete seit den Anfängen immer wieder über ungesühnte NS-Verbrechen. Beate Klarsfelds Bericht über die gescheiterte Entführung Kurt Lischkas erschien im April 1971 als konkret-extra. Während ihres Prozesses im Sommer 1974 erschien konkret nicht. Über den Lischka-Prozess 1979/80 in Köln berichtete konkret nicht.

Deutsche Volkszeitung

- 01.01.1970 *Jugendlicher an Frankreich ausgeliefert - Kriegsverbrecher Lammerding weiter auf freiem Fuß
Der Artikel stellt die Verurteilung eines in Duisburg geborenen jungen Mannes mit französischem Pass, der wegen Kriegsdienstverweigerung in Frankreich zu 5 Jahren Haft verurteilt wurde und an Frankreich ausgeliefert wurde, der Straffreiheit für den SS-General Lammerding gegenüber, der wegen der Massaker von Tulle und Oradur von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt wurde, aber als Bauunternehmer unbehelligt in Düsseldorf lebt.*
- 02.07.1971 *Der Skandal um den Herrn Achenbach
Die Verurteilung von Beate Klarsfeld durch das Kölner Landgericht wegen der versuchten Entführung, während Kurt Lischka als Zeuge gegen Klarsfeld erscheint und weiter frei herumläuft deutet das Blatt als Zeichen für den „inneren Zustand der Republik“ und weist darauf, dass dieser Skandal im In- und Ausland als politischer Skandal empfunden wird, gegen den vor der deutschen Botschaft in Paris täglich Tausende protestieren. Verantwortlich für den Prozess seien die Politiker, die sich weigerten den deutsch-französischen Vertrag zu ratifizieren, der eine Bestrafung im Ausland verurteilter NS-Täter ermöglicht, vor allem der Berichterstatte im Auswärtigen Ausschuss, der FDP-Politiker Ernst Achenbach.*
- 23.07.1974 *Ein skandalöser Prozess in Köln
Das Blatt kommentiert den Prozess gegen Beate Klarsfeld 1974 in Köln, „in dessen Verkauf der französische Widerstandskämpfer und Ex-Minister Jean Pierre Bloch geschlagen und nach turbulenten Gerichtsszenen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Der konservative „Figaro“ habe das mit dem Satz kommentiert. „In Frankreich ehrt man die Opfer des Faschismus, in der BRD wird man gegen die handgreiflich“. Die VVN fordert noch einmal nachdrücklich: „Stellt jetzt endlich Lischka vor Gericht!“*
- 08.08.1974 *„Unser Vergehen“ – „eure Verbrechen“
Das Blatt kommentiert einen Artikel eines Dr. Stoecker in der FAZ vom 7.7.74, in dem der Autor Beate Klarsfelds Aktion gegen Kurt Lischka als Verbrechen und die Organisation der Deportationen in die Vernichtungslager als Vergehen bezeichnete. Die Mentalität, die dieser Sprachgebrauch offenbare, sei Grundlager der Regierungspolitik, die keinen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung leiste. Stattdessen ziehe es die Regierung vor, auf die „Verbrechen“ der anderen zu verweisen. In fünfjähriger Arbeit habe sie eine „Dokumentation über Verbrechen an Deutschen“ anfertigen lassen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordere „um der Aussöhnung willen, jetzt die Veröffentlichung des Berichts. „In Frankreich wie in sozialistischen Ländern wird dieser Vorstoß der CDU/CSU als Versuch gewertet, die Verbrechen des Faschismus zu verschleiern und davon abzulenken, dass in der Bundesrepublik noch Tausende von Kriegsverbrechern nicht nur unbestraft herumlaufen, sondern zum Teil hohe Staatsämter bekleiden.“ Die Entspannung werde torpediert durch Ermittlungen Gegen DDR-Richter, die an Fluchthelferprozessen beteiligt waren.*
- 15.08.1974 *Lischka, Achenbach und Company...
Lischka sei nicht nur für die Ermordung französischer Widerstandskämpfer und die Deportation Hunderttausender Juden verantwortlich, sondern trage*

auch die Schuld am Tod zahlreicher deutscher Antifaschisten. Das Blatt zitiert eine Dokumentation der „Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern“. Lischka sei, wie zahlreiche andere ehemalige SS- und SD-Führer mit Wissen der Adenauer-Regierung ins Bundesamt für Verfassungsschutz übernommen worden. Das Blatt zitiert einen Leserbrief des ehemaligen belgischen KZ-Häftlings Kurt Kaiserblüth an die Hamburger Morgenpost, in dem er Strafanzeige gegen Ernst Achenbach wegen Beihilfe zum Mord an Deportierten aus dem Internierungslager Gurs erstatten werde.

- 26.02.1976 *Obersturmbannführer straffrei?
Die VVN wendet sich in einer Presseerklärung gegen die Verhinderung des Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Leiter des SD in Belgien, Ernst Ehlers durch das Landgericht Flensburg.*
- 1.02.1979 *Gegen die Verjährung! Memorandum des Internationalen Auschwitz-Komitees
Bei einer Pressekonferenz in Bonn appellierte das Komitee an die Bundesregierung und Bundestagsparteien, die Verjährung von Naziverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zuzulassen. Die Verjährung „gäbe allen neofaschistischen Kräften – und das nicht nur in der Bundesrepublik – Auftrieb“. Alle Versuche, die junge Generation gegen eine Wiederholung von Kriegsverbrechen zu immunisieren, würden zunichte gemacht. (Auch die VVN unterstütze das Memorandum. Mitglieder der VVN hätten sich am Samstag an einer Großdemonstration gegen Berufsverbote in Darmstadt beteiligt. Berufsverbote seien eines der ersten Mittel der Hitlerfaschisten gewesen, die totale macht im Staate zu übernehmen“.*
- 01.11.1979 *Eichmanns Helfer in Köln vor Gericht
Reiner Taudien berichtet über den Prozessauftritt gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn, das große Interesse in- und ausländischer Medien und den großen Zuschaueransturm. Der Autor stellt ein „allgemein erwachtes Interesse an NS-Verfahren“ fest. Sie seinen „Ausdruck einer offenkundig wachsenden antifaschistischen Grundströmung vor allem in großen Teilen der jüngeren Generation“. Es gäbe zwei weitere Gründe für das große Interesse an dem Prozess: „Erstens handelt es sich bei dem Kölner Verfahren um einen der ganz wenigen Prozesse gegen Schreibtischtäter und zweitens gibt es keinen anderen NS-Prozess, dessen skandalöse Vorgeschichte einer jahrzehntelangen Strafvereitelung von Staats wegen so deutlich an Umständen, Namen und Daten nachvollziehbar wäre“.*
- Die Beweisstücke überführten die drei Angeklagten zweifelsfrei der Beihilfe zur Deportation Zehntausender in die Vernichtungslager. Ob das Gericht deshalb zu angemessenen Urteilen kommen werde, sei Spekulation, schließlich sei der Nachweis der „heimtückisch-niederer Gesinnung“ in NS-Verfahren schwer zu führen, wenn die Täter nicht geständig seien. So behauptete Heinrichsohn, erst nach Kriegsende erfahren zu haben, was damals wirklich geschehen sei. Tatsache sei, dass gegen den höchsten Dienstvorgesetzten der drei Angeklagten bis heute kein Ermittlungsverfahren laufe. Ein beachtlicher Druck aus dem In- und Ausland habe die Entscheidung (zur Prozessöffnung) beeinflusst. „Ohne Druck wäre durchaus ein entgegengesetztes Votum aus dem Hohen Hause zu Bonn denkbar gewesen“. Allein das verleihe ihm einen spezifischen Stellenwert. Außerdem könne der Prozess „bewusstseinsmäßig durchaus Beachtliches leisten.“ ... Gerade „die nüchtern-kaltblütige Massenmordbeteiligung per Schreibmaschine und Papier, per Aufstellung von Zahlenkolonnen auf*

Frachtpapieren der Deutschen Reichsbahn von der Qualität unumkehrbarer Todesurteile vermag vielleicht stärker noch als bei den Gaskammerhenkern vor Ort der Barbarei die Frage aufwerfen nach den Motiven, nach der inneren Einstellung der Täter hinter den Schreibpulten in den Kontoren der Menschengräber. ... Der Lischka-Prozess vermag mitzuhelfen, auf jene Spur zu führen, die schließlich da endet, wo Menschen andere Menschen ohne jeden Skrupel und von der herrschenden Gewalt legitimiert per Aktenvermerk und Federstrich aus dem Bereich des Humanen auszusondern beginnen, um sie bedenkenlos in den Tod zu jagen.“

Unsere Zeit

- 16.01.1971 Die Mörder ausliefern
Das Präsidium der DKP habe sich mit den NS-Verbrechen in Dubiki auf der Krim befasst und fordere „mit größtem Nachdruck“, dass die in der Bundesrepublik lebenden Verantwortlichen festgenommen und an die Sowjetunion ausgeliefert werden.
- 03.04.1971 Massenmörder freigelassen
*Das Blatt berichtet über die Freilassung des hohen SD-Funktionärs Werner Best aus der Untersuchungshaft durch das Landgericht Berlin. Besondere Empörung herrsche unter der Mülheimer Arbeiterschaft, da Best den Schutzhaftbefehl gegen den Mülheimer DGB-Vorsitzenden Hermann Mertens unterzeichnet hatte. Unglaublich sei die Begründung des Gerichts. Best könne nicht nachgewiesen werden, dass er sich mit den Zielen der SS-Machthaber identifiziert habe. Best war u.a. Amtschef im Reichssicherheitshauptamt, „Reichbevollmächtigter“ im besetzten Dänemark. Nach dem Krieg war er Chefjustiziar im Stinnes-Konzern.
(Auf der gleichen Seite berichtet das Blatt über das Todesurteil des Stadtgerichts von Großberlin (DDR) gegen den ehemaligen SS- und SD-Angehörigen Hans Baumgartner wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. – außerdem berichtet das Blatt, dass der frühere SS-Offizier und spätere Bundesgrenzschutzkommandeur Wilhelm Radke in Nürnberg gegen Kautionsfreisetzung auf freien Fuß gesetzt wurden und dass die Ludwigsburger zentrale für die Verfolgung von NS-Verbrechen 1980 ihre Arbeit einstellen werde.)*
- 09.10.1971 Nazirichter in NRW – DKP deckt auf
In NRW wo gleichzeitig 1200 Verfahren gegen Teilnehmer an Aktionen „Roter Punkt“ (gegen Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV) liefen, wirkten nach wie vor ehemalige Nazirichter.
- 05.07.1974 Prozess gegen Beate Klarsfeld
*Kurzmeldung über die Demonstration der VVN zum Prozessauftakt gegen Beate Klarsfeld vor dem Kölner Landgericht.
(In einer weiteren Kurzmeldung „Nazi-Morde gerechtfertigt“ berichtet das Blatt über den Freispruch von Gerhard Riedel, der sich vor dem Schwurgericht Kiel wegen der Ermordung von Sowjetbürgern 1943 in Gaswagen verantworten musste.)*
- 12.07.1974 „Ich habe Auschwitz überlebt, bringt ihr mich jetzt in Köln um?“ – Skandal um den Prozess gegen Beate Klarsfeld.

Dem Blatt zufolge hätten Polizisten rücksichtslos auf französische Widerstandskämpfer eingepöbeln, die Öffentlichkeit sei ausgeschlossen worden. Der Präsident der französischen Deportierten-Union, René Clavel bezeichnete den Prozess als Parodie. Er protestiere gegen den Prozess, anstatt Beate Klarsfeld gehöre Lischka vor Gericht. Als ehemalige Widerstandskämpfer in Häftlingskleidung das Gericht betreten wollten, hätten sich Justizwachmeister und Polizisten auf sie gestürzt, sie geschlagen und zu Boden gestreckt. Die Betroffenen, darunter der ehemalige gaullistische Minister Bloch, hätten daraufhin Strafanzeige gestellt. In Frankreich habe der Prozess großes Aufsehen erregt, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe bei der Regierung in Bonn gegen den Prozess protestiert.

- 19.07.1974 Weltweite Empörung über das skandalöse Klarsfeld-Urteil
- 03.08.1979 In Berlin/DDR: Prozess gegen SS-Oberführer
- 01.09.1976 VVN: Nazis im öffentlichen Dienst – Kieler Dokumentation entlarvt 130 Ehemalige Nazifunktionäre
- 21.04.1978 Wie lange noch freie Bahn für Neonazis und SS-Mörder? – Samstag: Internationale antifaschistische Manifestation in Köln
- 24.04.1978 30.000 demonstrierten in Köln gegen Neonazismus und SS-Verbände *Unter den Demonstranten, die eine Auflösung von SS-Verbänden und das Verbot von Nazi-Propaganda forderten, seien auch Vertreter der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, Vertreter aus Oradur, Lidice, und Marzabotto sowie Überlebende von Auschwitz gewesen.*
- 10.06.1978 In Frankreich verurteilt: Gestapomann Bürgermeister *Erst jetzt sei „durch Veröffentlichungen“ bekannt geworden, dass Ernst Heinrichsohn, enger Mitarbeiter des Naziverbrechers Lischka, Bürgermeister in Bürgstadt/Bayern sei.*
- 26.07.1979 Aussagen von verstorbenen Zeugen dürfen nicht verfallen – bei 84403 Verfahren gegen NS-Mörder nur 6432 Verurteilung *Nach der Bundestagsentscheidung über die Aufhebung der Verjährung von Mord können Nazi-Verbrechen weiterhin verfolgt werden. Die Entscheidung sei wegen der großen internationalen Proteste und antifaschistischen Aktionen getroffen worden.*
- 24.10.1979 Nach jahrelanger Verschleppung: Lischka-Prozess – erregende Szenen vor Kölner Gericht *Bereits Stunden vor Beginn des Prozesses hätten deutsche und französische Antifaschisten für eine Bestrafung der Angeklagten.*
- 25.10.1979 Lischka-Prozess: Die Beweise liegen schwarz auf weiß vor *Bericht von der Pressekonferenz der Nebenkläger und über eine Podiumsdiskussion in Köln. Die Nebenkläger Peter Gingold, Max Oppenheimer und der DDR-Anwalt Friedrich Karl Kaul*
- 25.10.1979 Lischka-Prozess – Wegen Mordbeihilfe in mindestens 70.000 Fällen angeklagt „33 Jahre auf den Tag gewartet“ – Verfolgte, Deportierte, Widerstandskämpfer gegen den Nazismus fordern Gerechtigkeit *Bericht vom Prozessauftritt in Köln*
- 26.10.1979 Erhalten Eichmanns Gehilfen endlich ihre Strafe?

Hintergrundbericht zum Prozessauftakt in Köln

- 02.11.1979 UZ-Interview mit Professor Friedrich Karl Kraus
Im Kölner Lischka-Prozess: „Hier sprechen die Dokumente eine klare und eindeutige Sprache“
- 03.11.1979 Angeklagte SS-Verbrecher: Wussten sie nicht, was sie taten?
Kommentar zu den Aussagen der Angeklagten, von der Ermordung der Deportierten in Auschwitz nichts gewusst zu haben.
- 08.11.1979 Lischka-Prozess: Dokumente über Geheimdienstkomplizenschaft – Eichmann knüpfte Kontakte
Aus einer „geheimen Kommandosache“ die im Kölner Lischka-Prozess vorgelegt wurden, ging angeblich hervor, dass es intensive Kontakte des SD mit der „zionistischen Terror- und Geheimdienstorganisation HAGANA gab“. DDR-Rechtsanwalt Kaul habe Dokumente über eine Reise von Herbert Hagen und Eichmann 1937 nach Palästina und Kairo. Dort hätten sie das führende Hagana-Mitglied Feivel Polkes getroffen, den Hagen in einem Vermerk als „Nationalsozialist“ eingeschätzt habe.
- 12.11.1979 SS-Mörder Strippel, ein CDU-Minister und seine Staatsanwälte
Bericht über eine Vertrauensfrage im Landtag Rheinland-Pfalz gegen Justizminister Theisen (CDU), der für die Verschleppung von Ermittlungen gegen NS-Verbrecher die Verantwortung übernehmen soll.
- 12.11.1979 Stützen der CSU: Ernst Heinrichsohn, Otto Kraus, Josef Friedinger
Portraits und Karrieren der drei CSU-Mitglieder.
- 20.11.1979 Jean Dambot und andere zu Lischka
Reportage über die Reise von Überlebenden des Holocaust, die zum Lischka-Prozess von Paris nach Köln fahren.
- 27.11.1979 Zeugen im Lischka-Prozess: Heinrichsohn belastet
- 30.11.1979 Zeugen des Grauens im Lischka-Prozess
- 05.01.1980 NS-Mörder
Beginn einer dreiteiligen Serie über die Verschleppung von Belastungsmaterial aus den Niederlanden durch die Justiz von Rheinland-Pfalz im Verfahren gegen den Nazimörder Strippel.
- 29.01.1980 Statt sofortiger Haft gab es ein Kompliment vom Gerichtsvorsitzenden
Der Vorsitzende befasste sich nicht mit dem Antrag des Nebenklagevertreters Kaul, die Angeklagten in Haft zu nehmen. Daran zeige sich das widersprüchliche Verhalten des Vorsitzenden Dr. Fassbender. Der Staatsanwalt sei mit seinem Strafantrag unter dem gesetzlichen Höchstmaß von 15 Jahren geblieben, auch Klarsfeld habe nicht die Höchststrafe, sondern 13 Jahre Haft gefordert. „Klarsfeld sorgte aber für weitere Verwunderung, als er in einer persönlichen Erklärung fast schon devot die Verhandlungsführung des Vorsitzenden in den Himmel lobte.“ Anrührend habe er dagegen das Schicksal der deportierten Kinder geschildert. Unverständnis aber sei das mindeste, was sein Schlusssatz auslöste: „Die französischen Juden haben nie das Vertrauen in die deutsche Justiz verloren.“ Politischer und juristischer Höhepunkt sei das abschließende Plädoyer des DDR-Rechtsanwalts gewesen. ER habe als einziger den „Mut“ gehabt, hier die Höchststrafe für die Angeklagten zu fordern.

- 30.01.1980 Manifestation anlässlich des Lischka-Prozesses: „Gerechtigkeit für die Opfer der Naziverbrecher“
Auf der Kundgebung auf dem Appellhofplatz sprachen die Präsidentin einer französischen Widerstandsorganisation und Ehrenpräsidentin der Abgeordnetenversammlung, Marie Claude Vaillant-Coururier, Max Oppenheimer, VVN. Es gehe nicht um Rache, sondern um eine gerechte Bestrafung aller Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Gerichtssaal kam es zu heftigen Kontroversen, als die Vertreter der Nebenkläger, die Rechtsanwälte Ratz und Hartmann nicht nur über die Deportationen von über 70.000 französischen Juden sprachen, sondern auf die blutige Spur Lischkas als Gestapo-Chef in Köln und auf seine anderen Verbrechen hinwiesen, in Berlin, Polen und Frankreich. Ratz wies darauf hin, dass Heinrichsohn im August 1944 eigenhändig fünf französische Widerstandskämpfer ermordete. Dies müsse bei der Strafzumessung berücksichtigt werden. Dies habe nichts mit der Sache zu tun, rügte Fassbender in rüder Form die Nebenklagvertreter.
- 02.02.1980 Gemordet wurde erst an der Rampe – skandalöses Plädoyer des Lischka-Verteidigers
- 08.02.1980 Von Blut und Geiselmord wollte das Gericht im Kölner Lischka-Prozess kein Wort hören
Das Gericht, die Staatsanwälte und Serge Klarsfeld hätten den Prozess so schnell wie möglich beenden wollen. Der „saubere“ Bereich des Völkermordes, der der Schreibtischtäter sollten mit einem weichen Urteil vom Tisch. „Die Öffentlichkeit im In- und Ausland, zunehmend beunruhigt und aufmerksam geworden, soll beschwichtigt werden. All das, was mit dem Widerstandskampf, mit dem Blut erschossener Geiseln, der Folter an Kommunisten und Demokraten zu tun hat, verleitet den ansonsten nüchtern-sachlichen Fassbender zu wütenden Ausbrüchen, Staatsanwälte und Klarsfeld zu Distanzierungen.“
- 12.02.1980 Trotz Urteil auf freiem Fuß
Das Gericht hatte die Haftanträge trotz hoher Haftstrafen abgelehnt. Lischka erhielt zehn Jahre, Hagen zwölf und Heinrichsohn sechs Jahre Freiheitsstrafe.
- 12.02.1980 „Rechtschaffen“ gingen die SS-Verbrecher nach Hause
Die Rechtsstaatliche Antwort auf den NS-Völkermord „fällt niedriger aus, als für einen kleinen Ganoven, der bei einem Banküberfall Schmiere steht.“ Die Kölner Urteile seien alles andere als „harte Urteile“.
- 12.02.1980 Die Urteile im Lischka-Prozess: Bewältigung?
Kommentar von Egon Traxler: „Vergangenheitsbewältigung war das nicht. ..“Milde dafür, dass die Verurteilten nicht zur ersten Garnitur der Mörderbande SS gehörten. ... Man sollte nicht vergessen, dass sich in Düsseldorf der Majdanek-Prozess im vierten Jahr dahinschleppt, dass Tausende von Naziverbrechern unbehelligt unter uns leben. Neonazis treiben ungehindert ihr Unwesen. „Abschreckend“ wollte das Kölner Gericht bewirken und urteilte erschreckend. Ist aber wirklich jemand erschrocken?“

Konkret

- Dez. 1959 Ungesühnte Naziverbrechen
Auszug aus einer Dokumentation des SDS-Karlsruhe über 120 Richter und Staatsanwälte, die dem Naziregime dienten und weiterhin im Justiz-Dienst tätig sind.
- 3/1960 1.12.1960 Das Vierte Reich
Offener Brief von Thomas Harlan an den Rabbiner Asaria in Köln. Weihnachten 1959 hatten zwei junge Männer, die der Reichspartei Angehörten, die antisemitische Parole „Deutsche, wir fordern – Juden raus!“ auf die Kölner Synagoge geschmiert. Harlan weist in dem Brief auf die ungebrochenen Karrieren von Politikern, Juristen und Unternehmern seit der NS-Zeit hin.
- 8/1971 April 1971 Beate Klarsfeld: Noch 312 Nazis entführen!
Beate Klarsfeld berichtet selbst über die Entführung von Kurt Lischka in Köln sowie Stellungnahmen von Simon Wiesenthal: „Obwohl die Aktion Die Verantwortlichen dieses Staates auf einen unhaltbaren Zustand aufmerksam macht, billige ich sie nicht. Die Bundesrepublik kann man nicht mit einem südamerikanischen Staat gleichsetzen. Hier können diese Dinge auf gesetzlichem Wege durchgesetzt werden. Aber verstehen kann ich die jungen Leute, wenn ihnen der Geduldsfaden reißt.“
- 16/73 April 1973 Robert Neumann: Massenmord – eine alte Kamelle?
Kommentar zur Nachsicht der Justiz gegen NS-Mördern